

- VORSTELLUNG VON VEREIN & PROJEKTEN
- RÜCKBLICK 2025
- POLITISCHE EINORDNUNG



2025

J A H R E S B E R I C H T

INHALT

Vorwort.....	3
Vorstellung des Vereins.....	6
Projekte.....	8
Zahlen, Daten, Fakten.....	13
Jahresrückblick.....	14
Bezahlkarte.....	22
Abschiebung von Êzîd*innen.....	32
Kritik kriminalisiert: Landkreis Leer erstattet Strafanzeige gegen Flüchtlingsrat.....	42
Abschiede.....	43
Förderer.....	45
Danksagungen.....	46

Vorwort

In den vergangenen Jahren kam es in der Asylpolitik zu tiefgreifenden politischen und gesellschaftlichen Veränderungen. Diese Entwicklung wurde durch den Regierungswechsel im Jahr 2025 noch einmal beschleunigt und verschärft: Eine restriktive Gesetzgebung und eine sicherheitspolitisch geframte Migrationsdebatte bestimmen die öffentliche Diskussion. Hinzu kommt eine Sozial- und Wirtschaftspolitik, die Menschen, die in Armut leben, zu Sündenböcken wirtschaftspolitischer Problemstellungen macht. Die Verteidigung der Menschenrechte von geflüchteten Menschen wird damit zunehmend Teil der Kämpfe um Würde und Freiheit aller.

Die asylrechtliche Praxis wird zweifellos brutaler: Zurückweisungen an deutschen Grenzen, das Sterbenlassen vor den Toren Europas, Inhaftierungen, gar die fahrlässige oder mutwillige Tötung von Schutzsuchenden an Europas Grenzen lassen die regel- und wertebasierte Ordnung, also das Völkerrecht, zunehmend erodieren.

Weltweit erleben wir diese Normalisierung von Verstößen gegen das internationale Völkerrecht: Angriffskriege unter bewusster Inkaufnahme der Vernichtung der Zivilbevölkerung, brutale (Mehrfach-)Vertreibungen von Menschen aus ihrer Heimat, existenzielle Not und Aushungerung werden offen und ohne Skrupel als akzeptable politische Mittel verkauft. Gab es in früheren Zeiten für solche Verbrechen zumindest den lahmen Versuch einer völkerrechtlichen Rechtfertigung (Beseitigung von Massenvernichtungswaffen, Schutz der Zivilbevölkerung, Befreiung der unterdrückten Frauen, Terrorbekämpfung usw.), kommt die imperiale Politik der Großmächte neuerdings ganz ohne solche Konstruktionen aus: Es geht ganz unverhohlen um Einfluss, Macht und die eigenen wirtschaftlichen Interessen.

Die von der Bundesregierung unter Innenminister Dobrindt eingeleitete „Migrationswende“ ist aus Sicht des Flüchtlingsrats Niedersachsen eine systematische Verschärfung und Dehumanisierung auf mehreren Ebenen, die zentrale Schutzstandards untergräbt und zur Erosion des Völkerrechts beiträgt. Kern dieser „Migrationswende“ ist das politische Ziel,

die Flucht nach Deutschland „weitgehend zu beenden“.

Die Verlagerung von Asylverfahren an die EU-Außengrenzen und die Einführung eines Lagerregimes sind Elemente dieser Strategie im Rahmen der GEAS-Reform, die auch die vorherige Bundesregierung mitverantwortet.

Hinzu kommen rechtswidrige Zurückweisungen sowie Bestrebungen, Schutzsuchenden ein Asylverfahren in Deutschland ganz zu verweigern sowie im Schnellverfahren abgelehnte Menschen in Lager, zum Beispiel auf dem afrikanischen Kontinent, zu verbringen. Begleitet wird diese Politik durch gezielte Angriffe auf Unterstützungsstrukturen: Demokratische Initiativen und Menschenrechtsorganisationen werden delegitimiert, Fördermittel werden gekürzt und rechtsideologisch neu justiert. In einer Zeit des erstarkenden Rechtsextremismus fällt der demokratischen Bundesregierung nichts anderes ein, als der zivilgesellschaftlichen Gegenwehr die Unterstützung zu entziehen.

Erfreulicherweise hält sich Niedersachsen nach wie vor an rechtsstaatliche Verfahren und verteidigt Standards im Bereich der allgemeinen Migrations- und Asylpolitik, auch wenn die Landesregierung keinen selbstbewussten Kontrapunkt zum bundesdeutschen Diskurs in Form einer dezidiert menschenrechtlich orientierten Politik setzt. Und ja, auch der Ton ist rauer geworden. Allenthalben wird weniger Rücksicht auf humanitäre Aspekte des Einzelfalls genommen. Selbst wenn Menschen mit einem geduldeten Aufenthalt Arbeit haben und ihren Lebensunterhalt (weitgehend) selbst gestalten, droht ihnen immer häufiger die Abschiebung. Reformprojekte wie „Willkommenszentren“ für alle Migrant*innen lassen weiter auf sich warten oder verkommen zur Karikatur: „Willkommen“ sind eben auch in Niedersachsen vor allem ausländische Fachkräfte, nicht geflüchtete Menschen.

Unser Rückblick auf 2025 ist dennoch ambivalent: Er zeigt nicht nur die Härte politischer Entwicklungen, sondern auch die Kraft solidarischen Handelns. Wir nehmen wahr, dass sich auf der Straße und in den Medien wieder mehr Menschen für Solidarität mit schutzsuchenden Menschen aussprechen. Und in immer mehr Einzelfällen empören und engagieren sich Menschen im sozialen Umfeld der Betroffenen: Nicht nur Initiativen, auch Nachbar*innen, Freund*innen, Lehrende äußern ihr Unverständnis über den neuen Politikstil in Niedersachsen. Nicht Abschiebungen halten die Gesellschaft zusammen, sondern eine auf Humanität und die Menschenrechte ausgerichtete Politik.

Für 2026 bleibt es unser Anspruch, die kritische Analyse und das konkrete Engagement für eine gerechte und menschenwürdige Flüchtlingspolitik zusammen zu denken.

Wir verstehen es als Auftrag und Verpflichtung, dass die bei uns Zuflucht suchenden Menschen ihre Würde behalten und bewahren können. Gerade in schwieriger werdenden Zeiten gilt es, unbeugsam und handlungsfähig zu bleiben. Wir wollen unsere Unterstützungsangebote verbessern, unsere politische Arbeit intensivieren und gemeinsam mit vielen Menschen und zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen Demokratie und Menschenrechte verteidigen.



Euer Vorstand

Anke Egblomassé, Norbert Grehl-Schmitt, Claire Deery,
Melanie Weyerstall und Dündar Kelloglu

VORSTELLUNG DES VEREINS

VEREIN

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen e. V. ist eine unabhängige, gemeinnützige Menschenrechtsorganisation. Unsere Geschäftsstelle ist in Hannover. In unserem diversen Team arbeiten 24 Personen.

Video zum
40. Jubiläum des
Flüchtlingsrates



MITGLIEDER

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen e. V. ist ein Netzwerk von Einzelpersonen, Initiativen und Vereinen, die im Bereich Flucht und Migration aktiv sind. Wir danken unseren mehr als 500 Mitgliedern herzlich für ihre Unterstützung, ihr Vertrauen und ihren Einsatz!

GREMIEN

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen arbeitet regelmäßig in verschiedenen Gremien.

Dazu zählen:

- das Recht auf Asyl und die Menschenrechte
- sichere Fluchtwege und eine staatlich finanzierte Seenotrettung
- das Recht auf Familiennachzug
- eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe für alle Geflüchteten
- ein Bleiberecht für alle, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben

- Niedersächsische Fachkonferenz für Flüchtlingsfragen
- Landesarmutskonferenz
- Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe
- Niedersächsische Härtefallkommission
- Bündnis „Niedersachsen packt an“
- Niedersachsen-Ring
- Landespräventionsrat
- Beratungsnetzwerk gegen Rechts beim Justizministerium
- EUAA Consultative Forum

GESCHÄFTSFÜHRUNG, FINANZEN & ADMINISTRATION

“ Gemeinsam mit dem Vorstand entwickeln wir die inhaltliche und strategische Ausrichtung des Vereins weiter, greifen politische Entwicklungen auf und übersetzen diese in konkrete Projekte, Kampagnen und Positionierungen. Wir verantworten die Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit, vertreten den Verein gegenüber Politik, Verwaltung, Medien sowie Bündnispartner*innen und sorgen dafür, dass formale Anforderungen und laufende Prozesse verlässlich umgesetzt werden. ”



“ Wir halten dem Team den Rücken frei. Unsere Verwaltung steuert die Bereiche, die das Engagement aller Kolleg*innen flankieren und absichern. Hierzu zählen u. a.:
→ Finanzen & Projekte: Planung, Controlling und ordnungsgemäße Nachweisführung.
→ Strukturen: Administration von Personal, Spenden, Mitgliedern und formalen Vorgängen.
→ Technik & Internes: Bereitstellung der IT-Infrastruktur sowie die interne Koordination. ”





AUFNAHME & INTEGRATION

“

Das Netzwerkprojekt AMBA+ setzt sich für menschenwürdige Aufnahmebedingungen für Asylsuchende in Niedersachsen ein und wird vom Flüchtlingsrat Niedersachsen koordiniert.

Wir machen uns stark für die Rechte von besonders schutzbedürftigen Personen wie Frauen, Menschen mit Behinderung und Menschen aus der LGBTIQ Community im Asylverfahren.

“

FAMILIENNACHZUG

“

Wir beraten
Geflüchtete und Organisationen.
Zudem vertreten wir die Belange der
Geflüchteten gegenüber den Botschaften
und Ausländerbehörden.

Als von PRO ASYL gefördertes Projekt
unterstützen wir die Advocacy-Arbeit
zum Thema Familiennachzug.

”



LANDESWEITE EINZELFALLBERATUNG

“

Unsere niedersachsenweite
Einzelfallberatung im Migrations- und
Asylrecht steht sowohl Geflüchteten
als auch Haupt- und Ehrenamtlichen
mehrsprachig mit Rat und Tat zur
Seite.

”





BERATUNG IN ABSCHIEBUNGSHAFT

“

Das Ziel unserer Beratung ist es, die Abschiebungsgefangenen im Abschiebungsgefängnis Langenhagen umfassend über ihre Rechte zu informieren und sie bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen. Dabei stehen wir im engen Austausch mit den Angehörigen und vermitteln auf Wunsch bedarfsorientiert Kontakt zu Anwält*innen und anderen Beratungsstellen.

”

WEGE INS BLEIBERECHT

“

Wir unterstützen Menschen ohne Aufenthaltstitel auf ihrem Weg zu einem sicheren Bleiberecht. Durch regelmäßigen Austausch mit lokalen Beratungsstellen und Ausländerbehörden in den Kooperationskommunen Stadt Hannover, Region Hannover, Stadt Göttingen und Landkreis Göttingen können wir auch in schwierigen Fällen oft Lösungen finden.

”



WIB.
Wege ins Bleiberecht.

ZUGANG ZUM ARBEITSMARKT

“

Das landesweite Netzwerkprojekt „Arbeitsmarktzugang“ (AZG), das vom Flüchtlingsrat koordiniert wird, unterstützt geflüchtete Menschen auf dem Weg in den Arbeitsmarkt.

Dabei arbeiten wir mit der Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen gGmbH, der Handwerkskammer Hannover Projekt- und Servicegesellschaft mbH und kargah e. V. – Verein für interkulturelle Kommunikation, Migrations- und Flüchtlingsarbeit.

Ein besonderer Fokus liegt auf Empowerment geflüchteter Frauen durch Workshops in Unterkünften.

”



KNOW YOUR RIGHTS!

“ Wir informieren junge Geflüchtete, Fachkräfte der Jugendhilfe, Vormünder*innen und ehrenamtliche Unterstützende über das Asylverfahren, das Aufenthaltsrecht und Bleibeperspektiven in Deutschland. Durch politische Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit setzen wir uns für die Rechte und Belange von minderjährigen Geflüchteten ein, zum Beispiel hinsichtlich Unterbringung, Beschulung und Unterstützungsbedarf von Jugendhilfe. ”



ASYLVERFAHRENSBERATUNG

“ Das Ziel unserer Beratung ist es, Asylsuchende, die in den Messehallen in Hannover und in der Aufnahmeeinrichtung in Garbsen untergebracht sind, bestmöglich über ihre Rechte im Asylverfahren zu informieren, sie zum Beispiel auf die Anhörung mit dem Bundesamt vorzubereiten und im Dublin-Verfahren zu unterstützen. ”

ZAHLN, DATEN, FAKTEN

WIR ===

...haben **18 Weiterbildungen für geflüchtete Menschen** sowie **38 Weiterbildungen für haupt- und ehrenamtliche Unterstützer*innen** durchgeführt.

43

...haben **Rechtshilfeanträge** gestellt, sodass diese Verfahren finanziell durch den Rechtshilfefonds von Pro Asyl unterstützt werden konnten.

...haben über **2.437 Abonnent*innen** unseres E-Mail-Verteilers „**Fluchtliste**“ erreicht.

...haben mehr als **4.000 Geflüchtete** und mehr als **2.200 haupt- und ehrenamtliche Unterstützer*innen** beraten.

2025



...haben insgesamt mehr als

7.000

Beratungsgespräche geführt.



- über **6.000** Follower
- über **385.000** Accounts erreicht



- **6.115** Follower
- über **90.000** Accounts erreicht

...haben **517.432 Zugriffe** auf unsere **Homepage** verzeichnet.

Das Jahr startet mit einer Entrechtung von Geflüchteten:

Die Reduzierung der Regelsätze des AsylbLG tritt in Kraft – das bedeutet eine Absenkung um 13–19 EUR monatlich pro Person. Wir informieren und unterstützen Beratungsstellen bei der rechtlichen Einordnung der neuen Regelungen.

Appell an CDU/CSU-Abgeordnete:

Der Bundestag debattiert am 27. Januar über zwei Unionsanträge zur Asyl- und Sicherheitspolitik. **Gefordert werden Zurückweisungen von Schutzsuchenden an den deutschen Grenzen.** Dies bewerten wir als einen Angriff auf das Grundrecht auf Asyl in Deutschland.

Podiumsdiskussion:

Zwei Jahre nach der Landtagswahl streiten wir mit der Politik: Wie steht es um die Rechte von Geflüchteten in Niedersachsen? Wie können wir den Fokus zurück auf Menschenrechte und bessere Lebensbedingungen für alle lenken? Was kann die Landesregierung in den verbleibenden Jahren ihrer Amtszeit tatsächlich noch umsetzen?



Wir organisieren ein zweites niedersächsisches **Initiativentreffen gegen die diskriminierende Bezahlkarte.** Der NDR berichtet über die geplanten Umtauschaktionen.

**Bezahlkarte für Geflüchtete:
Über Umwege an mehr Bargeld**



Der durch die aufgepeitschten Asyldebatten erzeugte Druck, die Abschiebungszahlen auf Biegen und Brechen in die Höhe zu treiben, führt zur Abschiebung eines suizidalen Gambiers aus dem AMEOS-Klinikum in Osnabrück. Wir verurteilen den Bruch des Schutzraumes Krankenhaus durch die Stadt Osnabrück, die Landesaufnahmebehörde sowie die Polizei und kritisieren das Klinikum für seine Mitwirkung. Zudem fordern wir die Landesregierung auf, Abschiebungen aus Krankenhäusern zu verbieten.

Abschiebung aus der Psychiatrie

Aus den Augen, nicht aus dem Sinn

Handschellen, Flughafen, Perspektivlosigkeit: Vor einem Jahr wurde Lame K. aus Osnabrück nach Gambia abgeschoben. Eine Kundgebung soll daran erinnern.



Der eingebrachte Gesetzesentwurf der CDU/CSU-Fraktion sieht die vollständige Abschaffung des Rechts auf Familiennachzug für Personen mit subsidiärem Schutz vor.

Wir appellieren an die Abgeordneten von CDU/CSU, das Recht auf Familienleben auch für subsidiär Schutzberechtigte nicht vollständig auszuhebeln.



„Mit dem zur Diskussion gestellten ‘Flüchtlingsbegrenzungs-gesetz’ würden CDU und CSU das **Grundrecht auf Familienleben für die überwiegende Mehrzahl aller Schutzberechtigten faktisch aufheben**, da Geflüchtete mit subsidiärem Schutz die mit Abstand größte Gruppe unter den Schutzberechtigten in Deutschland darstellen. Bereits heute warten Geflüchtete mit subsidiärem Schutz mehrere Jahre auf ihre Familie. Allein die durchschnittliche Wartezeit bis zu einem Termin bei der Botschaft beträgt 22 Monate. Hinzu kommen lange Asylverfahren. Die völlige Abschaffung würde zu großem Leid bei den Betroffenen führen. Wir appellieren deshalb an die Abgeordneten der CDU/CSU: Lassen Sie nicht zu, dass ein populistischer Diskurs zu weiteren Familientrennungen führt.“

Karim Alwasiti

Am 17. Februar findet eine Sammelabschiebung aus Hannover in den Irak statt. Verschiedene Bundesländer waren beteiligt. Wir üben scharfe Kritik.



Sonderseite zu Abschiebungen von Êzîd*innen S. 32

Frankfurter Rundschau

Abschiebeflug mit 47 Menschen in den Irak gestartet – trotz Protesten und Kritik

Im Sondierungspapier von CDU/CSU und SPD wird das **Ende des Bundesaufnahmeprogramms Afghanistan** angekündigt. Gemeinsam mit PRO ASYL und 44 Organisationen fordern wir in einem dringenden Appell die Bundesregierung und die Bundestagsabgeordneten auf, das Bundesaufnahmeprogramm nicht auslaufen zu lassen, sondern es wirksam umzusetzen und auszubauen.

Wir veröffentlichen im Rahmen unseres Arbeitsmarktprojektes „AZG – Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete eine Übersicht zu „Aufenthaltsperspektiven für Geflüchtete aus der Ukraine“ (Stand 02/2025). Das Papier stellt dar, welche Aufenthaltstitel nach dem Auslaufen des § 24 AufenthG für Drittstaatsangehörige möglich sind.

Der Landkreis Leer weigert sich, insbesondere westafrikanischen Geflüchteten Aufenthaltserlaubnisse zu erteilen – lieber will er diese abschieben. Der Flüchtlingsrat und der Verein Afrikanische Diaspora Ostfriesland kritisieren den Landkreis scharf und vermuten als Hintergrund Rassismus.

MiG AZIN

RASSISMUS-VORWURF

Landkreis soll Afrikanern Aufenthaltstitel verweigert haben

Mitte Januar lernen wir **Pawel P.** in der Beratung in Abschiebungshaft kennen. Dem polnischen Staatsangehörigen war die EU-Freizügigkeit aberkannt worden, die Stadt Hannover wollte ihn nach Polen abschieben.

In der Beratung erzählte er uns, dass er obdachlos sei und seit langer Zeit in Hannover auf der Straße lebe. Herr P. war gesundheitlich in schlechter Verfassung. Am 24. Januar wurde er nach Polen abgeschoben. Durch das [@asphaltmagazin](#) erfahren wir später, dass der 45-Jährige am 3. Februar 2025 am Raschplatz in Hannover gestorben ist. Als Todesursache ist eine Unterkühlung nicht auszuschließen. Pawel P. war nach nur fünf Tagen in Polen nach Hannover zurückgekehrt, genau an seinem Geburtstag war er wieder hier.

Uns macht der Tod von Pawel P. sehr betroffen.

Die niedersächsische Landesregierung zieht eigenes „Dublin-Zentrum“ in Betracht. Dies bewerten wir als eine bewusste Isolation von Geflüchteten. [Der NDR berichtet.](#)



Flüchtlingsrat befürchtet Isolierung der Geflüchteten

Doch es gibt auch Kritik: So befürchtet der Flüchtlingsrat eine starke Isolierung der Geflüchteten, "in denen die Verzweiflung naturgemäß groß und das Aggressionspotenzial hoch ist", sagte Kai Weber, Geschäftsführer des Flüchtlingsrats in Niedersachsen. Zudem glaube er nicht, dass [die Zahl der Abschiebungen](#) größer werden würde. Denn viele Staaten seien gar nicht bereit, Menschen zurückzunehmen. Er fordert stattdessen, diese Schutzsuchenden schnell auf die Kommunen zu verteilen.

Unter dem Titel **„Gleiche soziale Rechte für ALLE!„** kommen rund 80 Vertreter*innen von Initiativen aus ganz Deutschland in Hannover zu einer **bundesweiten Tagung** zusammen, um über die sozialrechtlichen Einschränkungen für Geflüchtete zu diskutieren. Ihr Fazit: [NEIN zur Bezahlkarte!](#)

REGIONALNACHRICHTEN



Niedersachsen & Bremen

Tagung: Nein zur Bezahlkarte für Asylbewerber

Unser Kollege Sigmar Walbrecht gibt ein ausführliches Interview in der taz und beschreibt u. a. die **ausgrenzende Wirkung der Bezahlkarte.**

Flüchtlingsrat über Bezahlkarte

„Ein weiterer Schritt zur Entrechtung Geflüchteter“



Etliche Bundesländer haben die Bezahlkarte für Geflüchtete eingeführt. Sigmar Walbrecht vom Flüchtlingsrat Niedersachsen über eine fatale Asylpolitik.

➔ Sonderseite zum Thema „Bezahlkarte“: Seite 22

Das **Sondierungspapier der Bundesregierung** ist eine Kampfansage an Schutzsuchende und Unterstützende.

Migration und Flucht werden als Probleme markiert und Zurückweisungen an den Grenzen als Lösung suggeriert. Wir kritisieren diese unerträgliche Verschiebung des Diskurses.

Der **Todestag von Lamin Touray** jährt sich zum ersten Mal.

Vor einem Jahr wurde der Gambier in einer psychischen Krise von der Polizei erschossen

Das Verfahren gegen den Polizeibeamten wurde eingestellt. Es erfolgte weder eine rechtliche noch eine politische Aufarbeitung der Tötung Tourays.



Wir fordern Gerechtigkeit!

Eine AG aus verschiedenen Initiativen hat sich Gedanken zur **zukünftigen Gestaltung der Politik gegenüber Geflüchteten in den Bereichen Bildung und gesellschaftliche Teilhabe** gemacht und einen Offenen Brief formuliert.

Zum Offenen Brief



Die Abschiebungen in den Irak beschäftigen uns weiterhin stark. In Hannover haben seit Frühjahr 2024 ein Protestcamp und Demonstrationen gegen die Abschiebung von Êzîd*innen in den Irak stattgefunden.

Vor dem Hintergrund der erfolgten politischen Anerkennung des IS-Terrors als Völkermord durch den Bundestag 2014 fordern Demonstrierende ein sicheres Bleiberecht.

➔ Sonderseite zu Abschiebungen von Êzîd*innen Seite 32



Unsere Kollegin Caroline Mohrs ist in der Sendung ÇIRA FOKUS zu Gast, welche die **drohenden Abschiebungen von Êzîd*innen** thematisiert.

Die Ausstellung „**Eine Frage der Herkunft**“ in der Sigwardskirche Wunstorf-Idensen wird eröffnet.



Die Künstlerin Laila Sahrai bringt auf beeindruckende Weise den Menschen die Herkunft und Wirkung des Lapislazuli näher. Wir berichten.

Bei der Mahnwache **Justice for Lamin Touray** schließen wir uns den Forderungen der Unterstützer*innen an.



Dies sind u. a.:

- vollständige, unabhängige und transparente Untersuchung seines Todes unter Einbeziehung von externen Expert*innen,
- sofortige Suspendierung und strafrechtliche Verfolgung der beteiligten Beamt*innen,
- Überprüfung des polizeilichen Verhaltens und der Gewaltanwendung, insbesondere im Hinblick auf racial profiling, Eskalationstaktiken und den Umgang mit Personen, die sich in psychischen Krisensituationen befinden,
- Rechenschaftspflicht für alle Versäumnisse bei den Ermittlungen, einschließlich des Fehlens medizinischer Gutachten und der fehlenden Bewertung kritischer Beweise.

Wellen der Solidarität I – 10 Jahre zivile Seenotrettung und die Syrische Revolution

Mit Podiumsdiskussionen und Workshops bringen wir neue Dynamik in die Forderung nach einer Schiffspatenschaft für ein Seenotrettungsschiff durch die Landeshauptstadt Hannover.

Wir sind Teil eines neuen Netzwerks für Bildungsgerechtigkeit beim MK in Hannover.

Das Netzwerk wurde auf Initiative des Niedersächsischen Kultusministeriums ins Leben gerufen und soll das Ministerium regelmäßig zu Fragen von Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe beraten.

Erstmals kommen hier Vertreter*innen von Migrant*innenselbstorganisationen, Menschenrechtsorganisationen und Wissenschaft zusammen, um Handlungsempfehlungen zu entwickeln, wie Ungleichheiten im Bildungssystem wirksam begegnet werden kann.

Hinter Gittern in Langenhagen: Wir veröffentlichen einen Bericht unserer Beratung in Abschiebungshaft und Ausreisegewahrsam für das Jahr 2024

Im Jahr 2024 haben wir 190 Abschiebungsgefangene beraten und während ihrer Haftzeit manchmal über Wochen und in wenigen Fällen über Monate begleitet. Seit Januar 2024 sind wir wieder einmal wöchentlich vor Ort in der JVA Langenhagen. Die Online-Beratung von Abschiebungsgefangenen über Skype haben wir parallel fortgesetzt. Die Beratung hat sich wie schon in den Vorjahren nicht auf haftrechtliche Fragen und die Veranlassung von Haftbeschwerden beschränkt, sondern umfasste das gesamte Asyl- und Aufenthalts- sowie in manchen Fällen auch Sozial- und Strafrecht.

Um der öffentlichen Debatte über Abschiebungshaft mehr Differenziertheit und Tiefe zu geben, haben wir neben der Beratungstätigkeit eine **Beitragsreihe zu Abschiebungshaft auf Instagram und Facebook** betrieben. Diese Beiträge finden Sie zusammengefasst [hier](#).



Bezahlkarte

Im Januar 2024 wurde auf der Ministerpräsident*innen-Konferenz die Einführung einer diskriminierenden Bezahlkarte für die Geflüchtete, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, beschlossen.

Im Juni 2024 einigten sich die Bundesländer darauf, dass es eine Beschränkung bei der Verfügbarkeit von Bargeld geben und die Zahlungsempfänger*innen durch die Sozialämter kontrolliert werden sollen. Auslandsüberweisungen sind grundsätzlich nicht möglich. Überdies kann der Einsatz der Bezahlkarte auch auf Postleitzahlengebiete begrenzt werden. Begründet wird die Einführung dieser restriktiven Form der Leistungsgewährung mit der Minimierung des Verwaltungsaufwandes in den Kommunen und der Verhinderung von Geldtransfer ins Ausland. Dahinter steckt die Behauptung, dass ein großer Teil der Leistungen zur Finanzierung von Fluchthelfer*innen ausgegeben würde. Würde das unterbunden, kämen auch weniger Geflüchtete bis nach Deutschland, so die irrige Annahme. Studien zeigen, dass Geflüchtete seltener Geld ins Ausland transferieren als andere Migrant*innen.



In Niedersachsen wird die diskriminierende Bezahlkarte im Dezember 2024 zunächst in den Erstaufnahmeeinrichtungen eingeführt. Ein Erlass des Innenministeriums weist die Kommunen an, bis Ende 2025 die Bezahlkarte an alle Geflüchteten im Bezug von Grundleistungen (die sie i.d.R. in den ersten 36 Monaten erhalten) auszugeben. Die Debitkarte lässt monatlich maximal das Abheben von 50 EUR pro Person zu.

Weiterhin müssen viele Zahlungsempfänger*innen auf Antrag beim Sozialamt erst freigeschaltet werden, bevor Geld an diese transferiert werden kann.

Viele Dinge lassen sich nicht mit der Karte bezahlen, da nicht alle Länder oder auch Anwalt*innen an dem Kartenzahlungssystem teilnehmen. So kann auch nicht immer das Günstigste eingekauft werden.

Die Erfahrungen aus gut einem Jahr zeigen, dass der Verwaltungsaufwand für die Behörden deutlich höher geworden ist. Sozialarbeiter*innen müssen aufgrund der vielen technischen und sprachlichen Hürden bei der Benutzung der Karte viel Unterstützung leisten, zumal die Kommunikation mit dem Dienstleister Secupay AG anscheinend schleppend und unzureichend verläuft. Neben auftretenden technischen Problemen nehmen die Vorgänge, um Zahlungsempfänger*innen für die Bezahlkarte freizuschalten, sehr viel Zeit in Anspruch. Es gibt viele Berichte von Geflüchteten, die Zahlungsziele versäumen oder sich Geld leihen müssen, um Zahlungen zu tätigen. Da sie aber monatlich nur 50 EUR Bargeld zur Verfügung haben, haben sie dann Schwierigkeiten, ihre Schulden zu begleichen.

Menschen werden sich nicht davon abhalten lassen, in Deutschland Schutz zu suchen, nur weil sie Leistungen deutlich unter dem verfassungsrechtlich garantierten Existenzminimum erhalten. Sie kommen, weil sie vor Verfolgung, Krieg und Not fliehen und darauf hoffen, dass sie in Deutschland rechtsstaatliche Bedingungen vorfinden und Menschenrechte geachtet werden.

Die diskriminierende Bezahlkarte ist daher lediglich Ausdruck einer populistischen Symbolpolitik, die aber für die Geflüchteten ein weiterer Angriff auf ihre Rechte ist und ihren Alltag weiter erschwert.

Auf einem bundesweiten Treffen am 15. Februar in Hannover, das vom Flüchtlingsrat Niedersachsen mit organisiert wurde, hat sich ein Bündnis unter dem Namen „Gleiche soziale Rechte für alle!“ zusammengefunden. Initiativen aus ganz Deutschland haben sich dort mit den sozialrechtlichen Einschränkungen für Geflüchtete durch das Asylbewerberleistungsgesetz und mit der diskriminierenden Bezahlkarte im Besonderen befasst. Es wurden die politischen Dimensionen und Zusammenhänge einer zunehmend repressiven Sozialpolitik und mögliche Strategien dagegen erörtert. Konkret wurden Möglichkeiten der Unterstützung der Geflüchteten insbesondere durch einen solidarischen Umtausch diskutiert.

In Niedersachsen gibt es mittlerweile an vielen Orten Umtauschinitiativen, die den Geflüchteten zu mehr Bargeld verhelfen (siehe gemeinsame Webseite der Umtauschinitiativen). Das Bündnis „Nein zur Bezahlkarte Niedersachsen“ hat eine von über 100 Organisationen und Initiativen unterzeichnete Erklärung gegen die diskriminierende Bezahlkarte verfasst, die Innenministerin Daniela Behrens am Weltflüchtlingstag, dem 20. Juni, überreicht wurde.



Erklärung gegen die diskriminierende Bezahlkarte an Innenministerin übergeben

**In einem Appell an die Bundesregierung fordern
293 Organisationen eine verantwortungsvolle
Asyl- und Migrationspolitik:**

Anlässlich der Kanzlerwahl von Friedrich Merz und der Vereidigung der neuen Bundesregierung haben wir uns in einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis zusammengetan, um einen Appell an die neue Bundesregierung für eine verantwortungsvolle Asyl- und Migrationspolitik zu richten.

Zu den Unterzeichner*innen des von PRO ASYL, dem Deutsche Gewerkschaftsbund und dem Paritätischen Gesamtverband initiierten Appells gehören Flüchtlingsräte, Wohlfahrtsverbände wie Diakonie Deutschland und die Caritas, Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International, Migrantische Verbände wie die Bundeskonferenz der Migrant*innen, Landesorganisationen und lokale Initiativen.

Wir fordern die Verantwortungsübernahme für die gesamte Gesellschaft – und die ist offener und vielfältiger, als es der Bundesregierung anscheinend bewusst ist. **Ressentiments schürende Debatten und die fortschreitende Entrechtung geflüchteter Menschen lösen nicht ein einziges Problem unserer Zeit**, gefährden aber den gesellschaftlichen Zusammenhalt.



In Hannover beteiligen wir uns an der Demonstration „Solidarität statt Merz“ anlässlich der Kanzlerwahl.

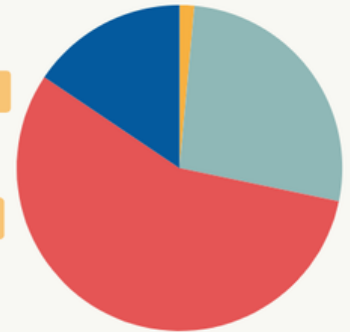


Unsere Kolleginnen Caroline Mohrs und Annika Hesselmann sind beim Ethno-Medizinischen Zentrum zu Gast. Im Rahmen der Multiplikator*innenausbildung „Sucht- und HIV/AIDS-Prävention“, in der Migrant*innen zu interkulturellen Gesundheitsmediator*innen ausgebildet werden, halten sie einen Vortrag zum Thema „**Aufenthaltsrechtliche Aspekte bei Suchterkrankungen**“.

Wir kritisieren den Gesetzentwurf vom 16.05.2025, mit dem die Bundesregierung den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte für mindestens zwei Jahre ganz stoppen will, als „**Familienzerstörung von Amts wegen**“.

Wieviele Personen erhielten 2024 subsidiären Schutz?

Bei Aussetzung hätten **weit über 50%** aller Schutzberechtigten keine Möglichkeit zum Familiennachzug mehr!



- Asylberechtigung und Familienasyl , 1.964
- Flüchtlingsstatus nach GKF, 35.831
- Subsidiärer Schutz, 75.092
- Abschiebungsverbote, 20.823

Wir fordern das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) auf, den **Entscheidungsstopp für Gaza und die Westbank aufzuheben und das Leid und die Verfolgung der palästinensischen Zivilbevölkerung endlich anzuerkennen**. Die Bundesregierung muss sich darüber hinaus aktiv für sichere Fluchtwege und die Ermöglichung des Familiennachzugs zu in Deutschland lebenden Palästinenser*innen einsetzen.



Bleiberechtsnetzwerk legt Empfehlungen für Übergang zum gesicherten Aufenthalt vor

„Langzeitgeduldete vulnerable Personen sind durch gesetzliche Regelungen nicht ausreichend geschützt, weil ein dauerhaftes Bleiberecht aktuell fast ausschließlich mit Nachweis von sogenannten 'Integrationsleistungen' möglich ist, die meist an Erwerbstätigkeit und Sprachkompetenz anknüpfen. Besondere Herausforderungen wie Krankheiten und Behinderungen oder die Situation von Alleinerziehenden sowie Personen, die nicht alphabetisiert nach Deutschland kamen, werden nicht ausreichend berücksichtigt. Die Regelung muss dringend angepasst werden, damit auch besonders vulnerable Schutzsuchende eine faire Chance bekommen.“

Caroline Mohrs

Nach wiederholten Massakern in Syrien fordern wir Konsequenzen: **Der Entscheidungsstopp für syrische Geflüchtete muss beendet werden.**

Elend und Obdachlosigkeit: Bericht zur Abschiebung von Baran G. in die Türkei

Wir begleiten Baran mehrere Monate in Abschiebungshaft. Dabei lernen wir einen psychisch schwer kranken, erschöpften, aber kämpferischen Mann kennen. Baran ist in Deutschland geboren, hat fünf Jahrzehnte – sein ganzes Leben lang – hier gelebt. Zur Türkei, in die er schließlich abgeschoben wird, hat er kaum Bezug. Durch die Abschiebung wird er völlig entwurzelt, ihm wurde sinnbildlich der Boden unter den Füßen weggerissen. Wir blieben monatelang im Kontakt. Dabei konnten wir nur zuhören, denn die Möglichkeiten zu helfen, waren schnell erschöpft. Baran war völlig auf sich allein gestellt. Wir porträtieren seine Geschichte.

**Wir kritisieren die Angriffe
des Vorsitzenden der
Bundespolizeigewerkschaft
auf PRO ASYL.**



„Die Angriffe von Heiko Teggatz, dem Vorsitzenden der Bundespolizeigewerkschaft (DPoIG), auf die Menschenrechtsorganisation PRO ASYL sind infam und haltlos. Es ist ungeheuerlich, dass ausgerechnet ein Gewerkschaftsvertreter sich aufgerufen fühlt, den Einsatz einer Menschenrechtsorganisation für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen in den Zusammenhang von „Schleuserbanden“ zu rücken und mit einer Strafanzeige zu überziehen. Vielmehr verdient PRO ASYL für die Offenlegung des von der Bundesregierung angeordneten Rechtsbruchs an den deutschen Außengrenzen einen Menschenrechtspreis.“
Kai Weber

Wir plädieren:

Kein Anwerbeabkommen ohne Bleiberecht

Während sich die niedersächsischen Ministerien für Soziales und Wirtschaft auf eine **Anwerbereise nach Kolumbien** im Juli vorbereiten, droht über 1.600 Kolumbianer*innen in Niedersachsen die Abschiebung. Das ist ein politischer Widerspruch, der nach unserer Ansicht nicht zu akzeptieren ist. Pflegeeinrichtungen in Deutschland kämpfen mit Personalnot, gleichzeitig sind ganze Abteilungen von der Abschiebung bedroht. Gemeinsam mit der kolumbianischen Initiative „Recht auf Asyl“ fordern wir die niedersächsische Landesregierung daher auf, wie im Fall der Pflegekräfte aus Wilstedt **vor dem Abschluss eines Anwerbeabkommens Wege zu einem gesicherten Aufenthaltsstatus für hier lebende Kolumbianer*innen zu prüfen.**

Gemeinsame Erklärung zum Internationalen Flüchtlingstag:

Aus Anlass des Internationalen Flüchtlingstags rufen wir gemeinsam mit der Caritas in Niedersachsen dazu auf, das **Asylrecht als universelles Menschenrecht zu schützen, das Recht auf ein gemeinsames Familienleben zu verteidigen und die Würde aller in Deutschland lebender Menschen zu wahren.** Die niedersächsische Landesregierung fordern wir auf, die im Koalitionsvertrag verabredeten Reformvorhaben zur Unterstützung von Schutzbedürftigen anzugehen und umzusetzen.

Seit dem 24.07.2025 gilt das fatale Gesetz zur Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte.

→ Betroffen sind alle, deren Familien noch keinen Termin zur Visumabholung bei der Botschaft erhalten haben, unabhängig vom Bearbeitungsstand des Antrags.

Gemeinsam mit PENA-GER veröffentlichen wir **Hinweise für die Beratung.**



„Der Stopp des Familiennachzugs trifft gerade die besonders verletzlichen Flüchtlinge: Alte, Behinderte, Kranke, Frauen mit kleinen Kindern, Menschen also, die schutzbedürftig sind und denen der Familiennachzug einen sicheren Weg aus der Bedrohung ermöglicht. Ein Stopp des Familiennachzugs zwingt sie auf lebensbedrohliche Fluchtrouten. Die Ankündigung, dass Härtefälle von der Maßnahme unberührt bleiben, mildert das nicht ab: Schon 2016 wurde der Familiennachzug für mehr als zwei Jahre ausgesetzt, auch damals hat kaum jemand von der Härtefallregelung profitiert. Die zynische Begründung: Eine 'außergewöhnliche Härte' liege in der Regel nicht vor, da der Stopp beim Familiennachzug ja für alle Betroffenen eine gravierende Härte darstelle.“

Karim Alwasiti

Wir appellieren an das Land Niedersachsen, die **Abschiebung des politischen Schutzsuchenden Mehmet Çakas zu stoppen!**

Im April 2024 wurde der kurdische Aktivist nach einem aufsehen-erregenden Prozess in Deutschland wegen Unterstützung der auch in Deutschland verbotenen PKK im Zeitraum von 2019 bis 2021 zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und zehn Monaten verurteilt. Nach Auffassung des Oberlandesgerichts Celle hat Mehmet Çakas organisatorische, finanzielle und propagandistische Aktivitäten für die PKK in Deutschland koordiniert (Spendenkampagne, die Organisation von öffentlichkeitswirksamen Kundgebungen, Koordinationstätigkeiten). Diese Verurteilung stellt für das BAMF aber keinen Grund für eine Neubewertung der Verfolgungsgefahr dar. Wir kritisieren, dass Mehmet Çakas – anders als das BAMF meint – in der Türkei kein rechtsstaatliches Verfahren erhalten wird.

PRO ASYL und die Flüchtlingsräte der Länder fordern die Bundesregierung auf, jegliche weiteren direkten oder indirekten Gespräche mit der afghanischen Regierung sofort einzustellen und einen förmlichen **Abschiebungsstopp für das Land Afghanistan** zu verhängen. Obwohl in Afghanistan die Taliban seit fast vier Jahren mit eiserner Hand ihre eigene Bevölkerung unterdrücken, will die deutsche Bundesregierung den Kontakt zu ihnen suchen, um Abschiebungen in das Land zu ermöglichen.

Wir veröffentlichen unsere Hinweise **„Was tun bei drohendem Leistungsausschluss bei ‘unzulässigen’ Asylanträgen?“**

Nachdem uns einige Fälle von kompletten Leistungsstreichungen aus Niedersachsen bekannt werden, weisen wir darauf hin, dass dagegen unbedingt rechtlich vorgegangen werden sollte!

Wir begrüßen die Schließung der Notunterkunft „Messehallen“ als „überfälligen Schritt“.



„Bei derzeit unter 200 neu registrierten Asylsuchenden pro Woche lässt sich eine Unterbringung der Menschen in großen, durch Bauzäune abgeteilten Hallen schon lange nicht mehr rechtfertigen. Das Land ist aufgefordert, sein Aufnahmekonzept grundsätzlich zu überdenken und für eine zügige Verteilung von Schutzsuchenden auf die Kommunen zu sorgen, um Chancen für ihre gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe zu schaffen.“

Kai Weber

Im Rahmen von AMBA+ veröffentlichen wir **Handlungsleitlinien für den Umgang mit Gewaltvorfällen in kommunalen Unterkünften für Geflüchtete.**

Wir veröffentlichen Informationen zu
**Asyl(folge)anträgen für geflüchtete
Frauen aus Afghanistan**



*„Wir sind entsetzt darüber, dass die
Ausländerbehörde Verden mit
fadenscheiniger Begründung einen fest in
Niedersachsen verwurzelten Menschen mit
aller Härte abschieben will. Es ist für uns
nicht nachvollziehbar, warum Herrn K.
keine Aufenthaltserlaubnis für nachhaltige
Integration erteilt wurde, obwohl nur noch
die Erneuerung des abgelaufenen
irakischen Passes fehlt. Deshalb
protestieren wir entschieden gegen die
Abschiebung und fordern die sofortige
Entlassung aus dem Ausreisegewahrsam.“*
Simon Wittekind



**Gegen die geplante Abschiebung
von Ali K. in den Irak protestieren wir
entschieden.** Der 30-jährige lebt seit rund
zehn Jahren in Deutschland und bestreitet
seinen Lebensunterhalt seit acht Jahren
eigenständig durch Erwerbstätigkeit. Herr K.
erfüllt fast vollständig die Voraussetzungen
für eine Aufenthaltserlaubnis bei
nachhaltiger Integration. Einzig die
Beantragung eines neuen Nationalpasses
steht noch aus – diese scheiterte jedoch
nicht an ihm, sondern an der
Ausländerbehörde Verden.



**Massaker an Minderheiten in Suweida:
Syrien ist nicht sicher – Entscheidungsstopp
aufheben, Familiennachzug ermöglichen!**

Nach erneuten schweren Angriffen auf religiöse Minderheiten – zuletzt auf die drusische Bevölkerung in der südlichen Provinz Suweida – warnen wir eindringlich davor, die Lage in Syrien zu verharmlosen. Insbesondere Minderheiten und Frauen sind nach wie vor gezielten Bedrohungen und massiver Gewalt ausgesetzt.

Gemeinsam mit 87 Organisationen veröffentlichen wir einen **Offenen Brief an Bundesinnenministerium und Auswärtiges Amt**

Wir fordern „***sofortige Maßnahmen zum Schutz gefährdeter Afghaninnen und Afghanen mit Aufnahmезusage für Deutschland***“.

Maria Kalin vom DAV erklärt:

„*Sie haben auf die Bundesregierung vertraut, und diese muss ihre verbindlichen Zusagen nun endlich einhalten. Versprechen – gerade solche, an denen Leben hängen – bricht man nicht.*“



Der 30. August ist der **bundesweite Gedenk- und Aktionstag gegen Abschiebungen und Abschiebungshaft**. Der Flüchtlingsrat Niedersachsen und PENA-GER, die bundesweite Online-Beratungsstelle für Geflüchtete, rufen daher zusammen mit dem Netzwerk gegen Abschiebungen, der Roten Hilfe Hannover, der Seebrücke Hannover und Solinet Hannover für diesen Tag zu einer Demonstration am und im Flughafen sowie vor dem Abschiebungsgefängnis Hannover-Langenhagen auf.

Abschiebung von Êzîd*innen

Anfang Dezember 2024 lief der Abschiebungsstopp für Êzîd*innen aus dem Irak aus. Bereits im Februar waren mehrere Iraker im Abschiebungshaftgefängnis Langenhagen inhaftiert. Sie wurden am 17. Februar nach Bagdad abgeschoben. Unter ihnen war auch der 30-jährige Êzîde, Badi Juki S., aus der Region Shingal, in der sich 2014 der Genozid an den Êzîd*innen durch den IS ereignete.



Wir unterstützen das Protestcamp von Studierenden der Universität Hannover und die wöchentlichen Demonstrationen in Hannover gegen Abschiebungen von Êzîd*innen.

*„Die Abschiebungen sind ein verheerendes Signal an alle Êzîd*innen in Niedersachsen. Bisher sind wir davon ausgegangen, dass Êzîd*innen, die sich nichts zuschulden kommen lassen haben und in die Lebensverhältnisse in Deutschland einfügen, mindestens in Niedersachsen vor Abschiebungen in den Irak sicher sind. Diese Annahme hat sich als offensichtlich trügerisch erwiesen.“*

Sigmar Walbrecht



Die Situation spitzt sich im Laufe des Jahres zu. **Am Donnerstag, 27.11., werden drei junge Êzîden aus Niedersachsen in den Irak abgeschoben.**

Nach den dem Flüchtlingsrat bekannten Fakten sind zwei der Abgeschobenen vollkommen unbescholten und im Begriff, sich in Deutschland ein Leben aufzubauen.

Einer der jungen Männer sollte im Februar 2026 eine Ausbildung zum Friseur beginnen. Trotzdem wurde ein Antrag an die Härtefallkommission nicht zur Beratung angenommen. Stattdessen muss er nun als Angehöriger einer Minderheit, an der im Jahre 2014 der sogenannte Islamische Staat einen grausamen Genozid begangen hatte, im Irak elende Lebensbedingungen und Verfolgung durch Islamisten fürchten.

Nach den vorherigen Protesten hatte Innenministerin Behrens Hoffnung gemacht, dass zumindest Êzîd*innen, die nicht schwer straffällig geworden sind, aus Niedersachsen bis auf weiteres keine Abschiebungen zu befürchten haben und stattdessen Aufenthaltsperspektiven für sie gefunden werden – ggf. über Eingaben an die Härtefallkommission. Die Abschiebungen im November verdeutlichen, dass die Anrufung der Härtefallkommission nicht für alle ein Schutz ist.

*„Die tatsächliche Bedrohungslage ist für die Minderheit der Êzîd*innen im Irak nach wie vor gravierend. Darüber hinaus ist den oftmals traumatisierten êzîdischen Familien, die den Terror des IS selbst erlebt, zumindest aber Todes- und Folteropfer in ihren Familien zu betrauern haben, eine Rückkehr in den Irak nicht zumutbar. Humanitäre Belange scheinen im Umgang mit Geflüchteten keine Rolle mehr zu spielen. Die Zahl der Abschiebungen hochzutreiben, scheint weiterhin das wichtigste Ziel in der Asyl- und Flüchtlingspolitik zu sein.“ Wir brauchen einen bundesweiten Abschiebungsstopp in den Irak! Wir dürfen Menschenrechte nicht einer populistischen Politik opfern. Was ist ein Bundestagsbeschluss, der einen Genozid an den Êzîd*innen anerkennt, letztlich wert, wenn er sich nicht in asylpolitischen Entscheidungen ausdrückt?“*

Sigmar Walbrecht

„Junge unbegleitete Geflüchtete haben ein Recht auf Zukunft“ – Fachtag in Hannover fordert starke Jugendhilfe



Rund 80 Fachkräfte der Jugendhilfe machen beim Fachtag des Flüchtlingsrats Niedersachsen und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen im Pavillon Hannover deutlich: Junge unbegleitete Geflüchtete werden in Deutschland nach wie vor nicht ausreichend versorgt, ihre Teilhabechancen sind begrenzt.

Ein Bündnis aus 237 international tätigen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Verbänden, darunter auch der Flüchtlingsrat Niedersachsen, fordert die Europäische Union in einer gemeinsamen Erklärung zur **Kehrtwende bei der Neuregelung von Abschiebungen** auf. Der vorliegende Vorschlag für eine „Rückführungsverordnung“ sieht traumatisierende und rechtsverletzende Maßnahmen für Schutzsuchende vor, deren einziges Ziel es ist, Abschiebungsquoten zu erhöhen.

**Erklärung in
deutscher Übersetzung:**



Unsere Mitgliederversammlung

Nachdem wir im vergangenen Jahr ein rauschendes Fest aus Anlass unseres 40. Geburtstags gefeiert haben, fällt die Mitgliederversammlung 2025 etwas kleiner aus: Claire Deery gibt als Vorsitzende einen Überblick zur aktuellen Situation. Anhand konkreter Beispiele erläutert Claire die Missachtung von Menschenrechten und beschreibt unsere Aktivitäten dagegen. Norbert Grehl-Schmitt legt die aktuelle Finanzlage des Vereins und die Besorgnis erweckenden Entwicklungen im Bereich der europäischen Förderrichtlinien dar. Anschließend wird der Vorstand in seinem Amt bestätigt.

Auf der Grundlage eines Vortrags von Kai Weber entwickelt sich eine lebhafte Diskussion über die aktuelle Flucht- und Migrationspolitik auf Bundes- und Landesebene und unsere Möglichkeiten, in schwierigen Zeiten weiterhin für eine offene und solidarische Gesellschaft einzutreten.



Gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen organisieren wir eine **Landespressekonferenz zum geplanten Ende der AMBA-Förderung: Ankommen ohne Unterstützung?** Nach zehn Jahren droht nun das Ende der EU-Förderung für gute Aufnahmebedingungen und die Unterstützung von Asylsuchenden. Gemeinsam mit anderen Verbänden und Vereinen üben wir scharfe Kritik und fordern das Land auf, die Kürzungen auszugleichen.



Wir unterstützen den Protest von Freund*innen, Mitschüler*innen und Nachbar*innen aus dem Landkreis Leer **gegen die Abschiebung der Familie Kouame** aus Leer-Oldesum! Gemeinsam mit der Unterstützengruppe, die bereits über 2.300 Unterschriften für ein Bleiberecht der Familie gesammelt hat, fordern wir ein Aufenthaltsrecht für Diane, Lovely, Emma und Maël. Die Familie darf nicht getrennt werden.

Unsere Kollegin Caroline Mohrs weist in der Sendung **Çira Report** auf die fortschreitende Entrechtung von Menschen im Asylverfahren hin.



Auf die Entscheidung des Innenministeriums, **in der Landesaufnahmebehörde Braunschweig ein „Ausreisezentrum“ zu eröffnen**, reagieren wir mit scharfer Kritik.

Per Erlass hat das niedersächsische Innenministerium eine „Wohnpflicht nach schuldhafter Vereitelung der Rückführung“ im Ausreisezentrum der Landesaufnahmebehörde in Braunschweig verfügt.

Gemeinsam mit der Seebrücke und CompassCollective organisieren wir eine **Veranstaltung zum Thema Seenotrettung**.

Wir kritisieren die Kriminalisierungsmaßnahmen und unterstützen die Forderung nach einer Hannoveraner Schiffspatenschaft.



Wir veröffentlichen im Rahmen unseres Arbeitsmarktprojektes **AZG – Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete** eine Übersicht zum **„Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete“** (Stand 10/2025).



NOVEMBER 2025



Die **Dokumentarreihe „Menschen im EXIL“** in Kooperation mit **EXIL e. V.** gibt einen Einblick über die Fähigkeiten und Leistungen vieler Geflüchteter in Niedersachsen. Die Produktion leitet unsere Kollegin Aigün Hirsch.

Zu den Videos



Wir organisieren die 8. WIR-Fachtagung in der Akademie Waldschlösschen. Bei der bundesweiten Fachkonferenz zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten tauschen wir uns zum einen zu gesetzgeberischen Entwicklungen aus. Zum anderen thematisieren wir den bedenklichen Ausbau der Festung Europa.



Wir sind empört über die geplante Abschiebung des kurdischen Oppositionellen Sabri Ö. in die Türkei.

Die Ablehnung des Asylantrags des ehemaligen Oberbürgermeisters von Batman, der von unserem Vorstandsmitglied Dündar Kelloglu vertreten wird, ist ein weiteres Beispiel für die Ignoranz des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), wenn es um Schutzsuchende aus der Türkei geht.

In einer Pressemeldung fordern wir **Konsequenzen aus der rechtswidrigen Abschiebung der Uigurin Reziwanguli Baikeli nach China.** Der „*bedauerliche Fall*“ (Innenministerin Behrens) ist Konsequenz einer verfehlten Politik der Abschiebung um jeden Preis! Der NDR berichtet.



Rotenburg: Behörde schiebt offenbar Uigurin nach China ab

Stand: 11.11.2025 14:32 Uhr

Sie sollte in die Türkei abgeschoben werden, doch die Behörden in Rotenburg (Wümme) haben eine Uigurin in ein Flugzeug nach China gesetzt. Das berichtet "Der Spiegel". Der Flüchtlingsrat fordert Konsequenzen.

Landkreis Leer eskaliert seine Abschiebungspraxis – mit Rückendeckung des Innenministeriums?

Darf ein Geflüchteter von den Behörden abgemeldet, vom Härtefallverfahren ausgeschlossen und anlässlich seiner Vorsprache in der Ausländerbehörde festgenommen und inhaftiert werden, weil er bei einem einmaligen behördlichen Kontrollbesuch tagsüber nicht in seiner Unterkunft angetroffen wurde? Dürfen Sachbearbeiter der Ausländerbehörde Schutzsuchende mit körperlicher Gewalt niederringen und fixieren? Bei der Ausländerbehörde des Landkreises Leer tun sich Abgründe auf.

Der Verein Afrikanische Diaspora Ostfriesland und der Flüchtlingsrat Niedersachsen e. V. sind empört über das Vorgehen der Ausländerbehörde und protestieren gegen die gewalttätige Abschiebungspraxis, die offenbar vom Innenministerium gedeckt wird.



Die Unterstützer*innen der Betroffenen demonstrieren vor der Ausländerbehörde des Landkreises Leer.

Wir veröffentlichen im Rahmen des Projektes Projekt AMBA+ **Informationen zum Umgang mit Wohnsitzauflagen bei Frauenhousaufenthalt.**



Wir veröffentlichen unsere **5-teilige Videoreihe**, in der unsere Kollegin Daniela Steinert die **menschenrechtswidrigen Konsequenzen des Dublin-Systems** erklärt.

Zu unserem Instagram-Account



Der Landkreis Osnabrück schiebt die Pflegehelferin Mariam M. aus der Abschiebungshaft nach Ruanda ab. Der Landkreis hat ihre Abschiebung mit Vehemenz betrieben, obwohl Frau M. vor Ort in jeglicher Hinsicht integriert und verwurzelt und als Pflegehelferin ein wichtiger Teil des Teams in einem Seniorenzentrum war. Nächstes Jahr hätte sie eine Ausbildung zur Pflegeassistentin begonnen. Wir kritisieren diese Migrationspolitik, die ihren Schwerpunkt mehr und mehr auf die Steigerung der Abschiebungszahlen setzt, als politisch getrieben und irrational.

Zum **Tag der Menschenrechte am 10. Dezember** organisieren wir eine Kundgebung. Sebastian Wertmüller beklagt in seiner Rede die Entrechtung der Geflüchteten und die Zusammenarbeit mit dem menschenverachtenden Taliban-Regime. Er verweist auf Rechtsbrüche an den deutschen und den europäischen Grenzen und kritisiert eine Politik, die schutzsuchende Menschen im Mittelmeer ertrinken lässt.



Kritik kriminalisiert: Landkreis Leer erstattet Strafanzeige gegen Flüchtlingsrat

Der Landkreis Leer geht juristisch gegen unsere Kritik vor – und erstattet Strafanzeige gegen unseren Geschäftsführer Kai Weber, unseren Kollegen Simon Wittekind sowie den Vorsitzenden des Vereins Afrikanische Diaspora Ostfriesland, Ali Kone.

Anlass für die Strafanzeige ist unsere Kritik am Umgang des Landkreises Leer mit Geflüchteten: Schon zu Jahresbeginn machte der Landkreis Schlagzeilen, weil er (insbesondere westafrikanischen) Geflüchteten mit Chancenaufenthaltsrecht den Übergang in ein Bleiberecht mit dem Argument verwehrte, die Betroffenen würden kein glaubhaftes „Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ abgeben. Im Fall des nigerianischen Schutzsuchenden Onyemaechi M. inszenierte der Landkreis ein „Untertauchen“, um dessen Härtefallverfahren zu beenden und ihn außer Landes zu schaffen. Ein Mann aus Angola wurde gleich zweimal rechtswidrig in Abschiebungshaft genommen. Und Moussa D. aus der Elfenbeinküste wurde von einem Mitarbeiter des Landkreises mit Unterstützung des Sicherheitsdienstes körperlich überwältigt und fixiert, anschließend 27 Stunden ohne Gerichtsbeschluss im Polizeigewahrsam festgehalten.

All das ist für den Landkreis offenbar kein Problem. Zum Problem wird es erst, wenn wir darüber sprechen. Doch klar ist: Wir stehen zusammen und lassen uns von derartigen Kriminalisierungsversuchen nicht einschüchtern. Wir werden auch künftig kritikwürdiges Verhalten von Behörden öffentlich benennen.

Abschiede 2025

Ende 2025 hatten wir eine Umbruchsituation: Das AMBA-Projekt und das Projekt „Wege ins Bleiberecht“ liefen aus und konnten nicht verlängert werden. Wir danken unseren ehemaligen Kolleg*innen für hervorragende Arbeit!



Caroline Mohrs war die Kraft des Projekts „Wege ins Bleiberecht“. Mit großem Engagement hat sie dazu beigetragen, dass geflüchtete Menschen, Beratungsstellen und Ausländerbehörden in den kooperierenden Kommunen Hürden auf dem Weg zu einem Bleiberecht identifiziert und gemeinsam Lösungen gefunden haben. Als juristische Referentin vertrat sie unseren Verein zudem zu unterschiedlichen Themen nach außen. Sie arbeitete eng mit selbstorganisierten Geflüchtetengruppen zusammen und setzte sich für die Rechte von Betroffenen von Polizeigewalt ein. Der Einsatz für Ezid*innen sowie der Banyamulenge aus dem Kongo lagen Caroline besonders am Herzen.



Katharina Bracke übernahm ab Mai 2023 die Koordination im Projekt „AMBA – Aufnahmemanagement und Beratung für Asylsuchende in Niedersachsen“, einem seit 2015 existierenden Netzwerkprojekt von neun Organisationen mit langjähriger und vielfältiger Expertise in der Flüchtlingsarbeit. Katharina managte die Zusammenarbeit aller Projektpartner mit Bravour. Dabei überzeugte sie nicht nur in der Netzwerkkoordination. Auch als Fachreferentin und Autorin fundierter Informationsmaterialien zeigte sie hohe Professionalität und großes Engagement.



Für **Simon Wittekind** war das Thema „Abschiebungshaft“ immer eine Herzensangelegenheit: Mit viel Power und großem Engagement setzte sich Simon für die Rechte von Abschiebungsgefangenen ein und kämpfte dafür, dass die Perspektiven der Gefangenen auch außerhalb der Knastmauern wahrgenommen werden. Mit neuen digitalen Formaten, anschaulich aufbereiteten Inhalten und gezielter Vernetzung auf Social Media trug Simon maßgeblich dazu bei, unsere Öffentlichkeitsarbeit weiterzuentwickeln und ihre Reichweite trotz begrenzter Ressourcen deutlich zu steigern.



Mit acht Jahren Betriebszugehörigkeit gehörte **Stefan Klingbeil** schon zu den alten Hasen im Verein, als er uns Ende des Jahres 2025 verließ. Angebunden in verschiedenen Arbeitsmarktprojekten kümmerte sich Stefan um die Konzeption, Organisation und Durchführung von Tagungen, Fortbildungen und Workshops sowie den Ausbau von Netzwerken und die politische Lobbyarbeit (nicht nur) im Bereich Arbeitsmarktintegration. Für die Modernisierung und Betreuung unserer Homepage fühlte sich Stefan ebenso verantwortlich wie für das Betriebsklima: Mit der Initiierung und maßgeblichen Mitgestaltung von Fortbildungen und Teambuilding-Prozessen sorgte Stefan für die notwendige interne Selbstreflexion und Verständigung im Verein.

Unsere Projekte wurden 2025 gefördert von:



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Niedersächsische
LOTTO-SPORT-STIFTUNG
Bewegen · Integrieren · Fördern

Gefördert durch:



Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Arbeit, Gesundheit
und Gleichstellung

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.



Dankeschön!

Darstellung in alphabetischer Reihenfolge und nicht abschließend.

Ein herzlicher Dank geht an alle, die uns im Jahr 2025 durch Spenden und aktive Mitarbeit unterstützt haben! Neben vielen anderen sind hier insbesondere zu nennen:

Sigrid Ebritsch, Dr. Gisela Penteker, Sebastian Rose und Katrin von Horn für ihr aufopferungsvolles Engagement in der niedersächsischen Härtefallkommission

Sebastian Wertmüller, der uns in der Landesarmutskonferenz vertritt, Demos organisiert und uns beratend und unterstützend zur Seite steht,

Nina Nicolaysen, die uns nicht nur im Projekt „Know Your Rights“, sondern darüber hinaus auch bei der Veranstaltungsorganisation und im Social-Media-Bereich eine großartige Unterstützung war,

A. Freytag, der uns in Fragen der politischen Strategie bei der Ausrichtung und Gestaltung unserer Menschenrechtsarbeit berät und uns 2025 mit einer großzügigen finanziellen Unterstützung unserer Arbeit unter die Arme gegriffen hat.



Impressum

Tätigkeitsbericht des Vorstands des
Flüchtlingsrats Niedersachsen e.V.
im Jahr 2025

Redaktion:

Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.
Röpkestraße 12
30173 Hannover

Tel.: 0511 / 98 246030
Fax: 0511 / 98 246031

Internet: www.nds-fluerat.org
E-Mail: nds@nds-fluerat.org

Spendenkonto Flüchtlingsrat:

Niedersachsen e.V.
GLS Gemeinschaftsbank e.G.
IBAN: DE28 4306 0967 4030 4607 00
BIC: GENODEM1GLS
Zweck: Spende

Hannover, Juli 2026

Du interessierst dich für unsere Arbeit? Gerne
senden wir dir Unterlagen zur Vereinsarbeit
zu!

Mitglied werden



Spenden



